

Freitag, den 17. November.



Thornener Zeitung.

Nro. 272.

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierseitige Seite gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf.

1871.

Vor einem Jahre.

17. November. Aus Dresen werden 7000 Mobilgarden mit großem Verlust von der 17. Division herausgeworfen

Tagesbericht vom 16. November.

Berlin. Eine wichtige aber überraschende Vorlage für den nächsten baldigen Landtag bildet eine Anleihe von 30 Millionen, die der Finanzminister zu Eisenbahnzwecken beansprucht. — Die Großfürstin Helene von Russland hat für längere Zeit ihren Aufenthalt hier selbst genommen u. gedenkt Anfangs December ihre Rückreise nach Petersburg anzutreten. — Die Okkupationsstruppen in Frankreich haben voraussichtlich für längere Zeit feste Standquartiere bezogen und deshalb sind Postsendungen an dieselben uneingeschränkt zulässig. — Die Königin-Wittwe gedenkt bis Ende des Monats in Dresden zu verweilen. — Von Hamburg wird der Bank-Discount auf 2½% gemeldet.

Wien. Durch kaiserl. Handschreiben vom 14. ist Graf Andrassy zum Minister des kaiserlichen Hauses und des Neuen ernannt und auch zugleich mit dem Vorsitz des gemeinsamen Ministeriums betraut. — Auch Graf Lonhay hat bereits den Eid als Ministerpräsident von Ungarn in die Hand des Kaisers abgelegt. Nach Pest' er Nachrichten bleiben die übrigen Minister Ungarns in ihren Stellungen. — Der "Eras" berichtet von dem beabsichtigten Rücktritt Grocholskis. — In Lemberg ist die Cholera ausgebrochen. — Nach Pariser Nachrichten herrscht auf Corsika vollständige Ruhe und ist der Municipalrat von Ajaccio aufgelöst. — Der auch unsern Lefern aus den Mittheilungen über die Verhandlungen der Kriegsgerichte zu Versailles bekannt gewordene ehemalige Maire Clemenceau soll in einem Duell am 14. schwer verwundet worden sein. Wahrscheinlich sind die Ursachen zu dem Duell aus den Seitens der Zeugen gebrachten schweren Belastungen Clemenceaus hervorgegangen. — Der Begnadigungscommission liegen bis jetzt 20 Urtheilsprüche zur Begutachtung u. Beschlussnahme vor. — Der Gesandte Banville, hat sich auf seinen Posten nach Wien begeben.

Die Adresse der katholischen Bischöfe Preußens an den Kaiser und die Antwort desselben.

Während wir, vom Oberhaupt unserer Kirche berufen, mit den katholischen Bischöfen der ganzen Welt am Grabe des h. Petrus in Rom versammelt waren, um über die Heilmittel für die religiösen und sittlichen Schäden der gegenwärtigen Zeit zu berathen, und bei der Zerfahrenheit der heutigen Wissenschaft und der Zügellosigkeit der Geister die festen Prinzipien unserer heutigen Religion aufs Neue offen zu bezeugen und darzulegen, erhob sich in Deutschland eine planmäßige feindselige Agitation wider die dadurch geslogenen Verhandlungen, und rief, zunächst auf kirchlichem Gebiete, eine Aufregung hervor, die große Verwirrung in viele Kreise hineingetragen und bis jetzt, wie alle Erzeugnisse eines falschen Zeiteastes, nur stark und mächtig im Verdächtigen, im Verunglimpfen, im Niederreißen und Zerstören sich erwiesen hat. Eine der perfidesten Machinationen derselben bestand von Anfang an darin, den Geist unserer Kirchenversammlung als einen humanitäts- und staatsfeindlichen darzustellen und durch Erregen von Misstrauen gegen die Kirche die hohen Staatsbehörden zu feindseligen Maßregeln gegen dieselbe zu veranlassen.

Die Beschlüsse hätten, so wird ausgeführt, die Durchführung eines solchen Planes in Preußen für unmöglich gehalten.

Nichts destoweniger, heißt es dann, hat es in letzterer Zeit den Anschein genommen, als ob jene Verdächtigungen und Hetzereien nicht ganz des beabsichtigten Erfolges entbehrt und Mißverständnisse und tiefer gehenden Argwohn auch in solchen Regionen hervorgerufen hätten, welche durch ihre Stellung über die unreinen Tageserzeugnisse leidenschaftlichen Parteigetriebes erhaben zu sein pflegen. — Diese Furcht hatte in unseren Herzen beklagenswerthe Entscheidungen gegen unerlässlich gewordene bischöfliche Maßnahmen zu Bonn und Breslau, besonders aber die neuesten Erlassen des hohen Cultusministerium an den mitunterzeichneten Bischof von Ermeland in Sachen des Religionsunterrichts an dem katholischen Gymnasium zu Braunberg wachgerufen, durch welche nicht nur ein we-

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung. Mittwoch den 15. November.
Vize-Präsident Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.

Am Tische des Bundesrats: Minister Delbrück, v. Lutz, Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Michelis xc.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

1) Antrag Harkort und Gen.: Zu beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, 1. die Revision des mit dem Königreich Portugal abgeschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrages vom 6. Juni 1845, namentlich der Art. 11 und 12 desselben baldigt herbeizuführen; 2. einen Konsul in Quelimane (am Mozambique-Kanal) zu ernennen. Harkort führt zur Begründung des Antrags aus, daß die in der vorigen Session vom Bundesratte abgegebene Erklärung, in Sachen des portugiesischen Handelsvertrages sei die Tätigkeit der Bundesvertretung seit Jahren in Anwendung gebracht worden, nicht mehr stichhaltig sei. Das portugiesische Ministerium d'Avilar habe den Erzeugnissen aller Länder dieselben Vortheil gewährt, wie sie im portugiesisch-französischen Traktat vom 11. Juni 1866 bestimmt seien, unter der Voraussetzung, daß die portugiesischen Produkte in den betr. Ländern dieselbe Behandlung genießen. In Deutschland würden aber die portugiesischen Weine höher verzollt wie die spanischen. Die Zweckmäßigkeit einer Konularvertretung in Quelimane unterliegen keinem Zweifel. — Bundeskommissar Dr. Michelis erklärt, die Regierung sei noch heute bemüht, die Handelsverhältnisse zu ordnen, allein bei dem beständigen Wechsel der Ministerien in Portugal habe sie noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelange können. Dieselbe Schwierigkeit mache sich auch zur Zeit geltend; das Ministerium d'Avilar sei zurückgetreten, und sein Nachfolger darüber noch nicht schlüssig, ob die Handelsbeschlüsse durch Gesetz oder Verträge zu ordnen sind. Der Handelsplatz von Quelimane sei zur Zeit noch zu unbedeutend, um einen Konsul dort einzusetzen; die Regierung werde auch ohnedem die dortigen Handelsverhältnisse zu ordnen suchen. — Schleiden beantragt, mit Rücksicht auf die eben gehörte Erklärung der Regierung über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen; der Antragsteller habe den Handelsvertrag wohl nie aufmerksam gelesen. — Mosle glaubt ebenfalls, der Antrag-

gen Irrlehre und hartnäckiger Widerleglichkeit gegen die Beschlüsse eines allgemeinen Concils von der Kirche in aller Form Rechtes ausgeschiedener Priester als der einzige berechtigte Religionslehrer einer stiftungsmäßig katholischen Anstalt erklärt wird, sondern auch alle katholischen Schüler derselben — selbst wider ihren und ihrer Eltern Willen — zum Besuch seines Religionsunterrichts verpflichtet werden, oder aber die Anstalt zu verlassen gezwungen sind."

Der letzte Fall wird nunmehr umständlich besprochen und es folgt eine Polemik gegen die bekannten Ministerialschreiben des Herrn v. Mühlner. Der Schlussatz lautet:

Weil wir aber überzeugt sind, daß gegenwärtigen Conflict vermieden worden wäre, wenn eine klare Erkenntniß der inneren Glaubens- und Lebensprincipien der Kirche, eine gerechte Würdigung ihrer ganzen religiös-sittlichen Ordnung und ihres Organismus, sowie der unveränderlichen Grundsätze ihres Rechtsgebietes bei den Berathungen über die beregte Angelegenheit sich hätte geltend machen können, und weil wir das Vertrauen hegen, daß auch jetzt noch eine Beseitigung des entbrannten Conflicts unschwer herbeiführen ist, erlauben wir uns, ein Promemoria über die katholischen Anschauungen und Grundsätze in Betreff dieses Gegenstandes unterthänigst beizufügen. Wir vereinigen uns im Gebete zu Gott, dem Herrn, daß Sein allmächtiger Schutz und Segen, der in dem eben vollendeten Kriege über Ew. Majestät theurem Haupt Alten sichtbar gewaltet, auch bei dem jegigen großen Friedenswerke Ew. Majestät dauernd begleite, damit auf dem Boden der Gottesfurcht, des Rechts u. der Gestaltung der Bau des geeinten deutschen Vaterlandes eben so herrlich sich emporheben und vollenden möge, als die heldenmuthige Kriegsführung Ew. Majestät ihn glorreich begonnen und begründet hat.

In tiefster Ehrfurcht geharren Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterthänigste, treuehorsamste Oberhirten

der katholischen Kirche Preußens.

Fulda, den 7. September 1871.

Unter den Unterzeichnern begleitet der Erzbischof von Posen seine Unterschrift mit folgender Bemerkung:

steller beurtheile die Verhältnisse nicht richtig und bittet den Antrag abzulehnen, die Einmischung des Reichstags werde auf die nothwendige Regelung der einschlägigen Handelsverhältnisse keinen Einfluß üben. — Nachdem Harkort seinen Antrag nochmals empfohlen, und Bundeskommissar Dr. Michelis die Insinuation, Preußen habe den Vertrag mit Portugal verletzt, entschieden zurückgewiesen, wird der Antrag Schleiden auf motivirte Tagesordnung mit großer Majorität angenommen.

Zweitens. Dritte Lesung des Auslieferungs-Vertrages mit Italien. — Wird ohne Debatte definitiv genehmigt.

Drittens. Dritte Lesung des Antrages Lasker und Gen. auf Abänderung der Nr. 13 des Art. 4 der Verfassung, die Kompetenzerweiterung des Reiches in der Gesetzgebung betreffend. — Das Haus beschließt, General- und Spezial-Diskussionen zusammenzuassen.

Eckhardt (Baden). Gegenüber den Stimmen aus Bayern, welche sich für den Antrag aussprachen, wolle er die Ansichten der Badenser hier klar legen. Baden habe nach vierjähriger Vorbereitungs-Periode im vorigen Jahre die Reichsverfassung mit Freuden angenommen, obwohl sie die gut geregelte badische Preßgesetzgebung der Bundeskompetenz unterstellt, und außerdem noch 28. neue Gesetze in Baden einführte; wenn jetzt abermals ein neuer Gegenstand der Landesgesetzgebung der Reichskompetenz überwiesen werden sollte, so müsse er darauf hinweisen, daß die badische Preßordnung allen Anforderungen entspreche. Trotzdem begrüße er den Antrag mit Freuden, denn er erblickt in demselben die Möglichkeit, das Recht nicht allein in verfassungsmäßiger sondern auch in naturgemäßer Weise weiter zu entwickeln, u. hoffe, daß nicht nur das Obligationenrecht, sondern auch das Hypothekenwesen einer gründlichen Reform unterworfen wird. Redner klagt weiter die Einführung der preußischen Kirchenordnung in Baden, man habe dort großen Respect vor der militärischen Führung Preußens, in jeder Hütte hänge das Bild des Generals Werder, aber nirgends finde man ein Bild, welches die kirchliche Führung Preußens verbürgt. (Heiterkeit.) Wenn als Zweck des Antrags die Einführung der obligatorischen Zivilehe bezeichnet sei, so stehe er dem gegenüber auf einem völlig freien Standpunkt, denn in Baden existire die obligatorische Zivilehe schon, seitdem man erkannt,

Wenn auch von den religiösen Verirrungen, welche das deutsche Volk in einigen Gegenden zur Zeit unruhig, meine Diözesanen verschont geblieben sind, wofür ich nie aufzuhören werde, Gott demuthigst zu danken, so trete ich doch in Erfüllung meiner bischöflichen Pflicht zur Wahrung der Rechte der Kirche den obigen Anträgen des preußischen Episkopats, als dessen Mitglied, aus voller Überzeugung hierdurch bei."

Die Antwort des Kaisers lautet:

Hochwürdiger Erzbischof! In der Eingabe, welche Ew. ic. unter der Mitunterschrift anderer Bischöfe am 7. v. M. an Mich gerichtet haben, werden Maßregeln, welche Meine Regierung auf dem Gebiete des höheren Schulwesens zu treffen nach Ueberlegung der bestehenden Gesetze in der Lage gewesen ist, als ein „offener Eingriff in das innere Gebiet des Glaubens und der Kirche, als ein unverholener Gewissenszwang“ bezeichnet und Ew. ic. finden sich veranlaßt, „feierlich Protest einzulegen gegen alle und jede Eingriffe in das innere Glaubens- und Rechtsgebiet der katholischen Kirche“. Nachdem von den Bischöfen der katholischen Kirche, insbesondere aber von Sr. Heiligkeit dem Papste, bisher jederzeit anerkannt worden war, daß die katholische Kirche in Preußen sich einer so günstigen Stellung erfreut, wie kaum in einem anderen Lande, ist es Mir unerwartet gewesen, in einer Eingabe preußischer Bischöfe Anklage an die Sprache zu finden, durch welche auf publicistischem und parlamentarischem Wege versucht worden ist, das berechtigte Vertrauen zu erschüttern, mit welchem meine katholischen Untertanen bisher auf Meine Regierung blicken. Ew. ic. wissen, daß in dieser Gesetzgebung, welche sich bisher der Anerkennung des katholischen Episkopats erfreut hatte, eine Änderung nicht stattgefunden hat; ein Gesetz aber, welches von Meiner Regierung nicht beachtet wäre, ist in Ew. ic. Eingabe nicht angeführt worden. Wenn dagegen innerhalb der katholischen Kirche Vorgänge stattgefunden haben, in Folge deren die bisher in Preußen so befriedigenden Beziehungen derselben zum Staate thatächlich mit einer Störung bedroht erscheinen, so liegt es mir fern, Mich zu einem auf Würdigung dogmatischer Fragen eingehenden Urtheile über diese Erscheinung herzuführen zu

dass mit dem schlechtesten und ungerechtesten Institut der fakultativen Zivilehe nicht auszukommen ist. Der Antrag werde so lange an das Haus gehen, bis er eingelassen ist. Die äusseren Feinde habe Deutschland glorreich niedergeworfen, nun müsse es sich mit demselben Muthe gegen die inneren Feinde wenden und einen Frieden erlangen, wie ihn die deutsche Nation im 19. Jahrhundert zu fordern berechtigt sei. Gemeinschaftlich vorwärts, war der Wahlspruch in dem beendigten Kriege, in dem bevorstehenden Kriege soll er derselbe sein. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Windhorst (Meppen) bedauert, dass die Regierung keine bestimmte Erklärung über ihre Stellung zu dem Antrage abgebe. Inzwischen scheine in einzelnen Kreisen (Abg. Schwarze) eine Schwankung eingetreten zu sein, indem die Herren es aufgegeben haben, die Existenz der Einzelstaaten zu vertreten. Der Kampf um die Hoheitsrechte komme ihm jetzt so vor, wie der Streit um die Etiquette einer Champagnerflasche, nachdem der Champagner ausgetrunken. Abg. Miquel, der zur Zeit in den Herren aus Mecklenburg kräftige Bundesgenossen gefunden, glaube übrigens selbst nicht an die Unbedeutendheit seines Antrages, denn wenn man seine Reden vom konstituierenden Reichstag her verfolge, so werde man sehen, dass in diesem Antrage der Versuch zur Beseitigung der Einzelstaaten und zur Herstellung des Einheitsstaats liege. (Oho! sehr richtig.) Die Garantien des Reiches böten ihm aber keineswegs die Bürgschaft einer guten, stetigen und konservativen Legislative, so lange das Einkammsystem festgehalten werde, so lange der Bundesrat bei den wichtigsten Fragen sich schweigend verhalte. (Beifall im Zentrum.) Bei dem gegenwärtigen Stande des Reichs sei es im höchsten Grade bedenklich, die Materie des Eigenthumsrechts zu verhandeln. (Oho!) für die Einführung der Zivilehe, d. h. für Schließung und Auflösung der Ehen durch Anzeige beim nächsten Polizeibureau sei er nicht, aber er habe auch viel dagegen, denn die Folgen würden andre sein, wie man erwarte. Er erhoffe wenigstens mit Bestimmtheit die Ablehnung des Antrages im Bundesrathe.

Nachdem noch Lasker als Antragsteller die Annahme des Antrags empfohlen und namentlich entgegengetreten, dass mit demselben die Existenz der Einzelstaaten angetastet werden solle, wird derselbe wiederholt und definitiv mit großer Majorität angenommen.

Biertens: Petitionen. Die Petitionen des thierärztlichen Vereins der Provinz Westfalen und des Kreisthierarztes Pöhr aus Anklam um Reform des Militär-Beterinärwesens im Deutschen Heere werden fast einstimmig dem Reichskanzler zur Erwagung überwiesen.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Etatberathung, Petitionen, Wahlangelegenheiten.

Deutschland.

Berlin, den 15. November. Die neuerdings mit großer Energie betriebenen Agitationen der Polen haben in unsern gouvernemantalen Kreisen keine Überraschung hervorgerufen. Man war hiervon schon vollkommen unterrichtet, dass die ultramontane Partei ihren ganzen Einfluss benutzt hatte, um in den Polen die Überzeugung von der Nothwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammensetzens hervorzurufen. Die Ultramontanen haben

finden; es wird vielmehr die Aufgabe Meiner Regierung sein, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, dass die neuerlich vorgekommenen Conflicte zwischen weltlichen und geistlichen Behörden, so weit sie nicht verhütet werden können, ihre gesetzliche Lösung finden. Bis dies auf verfassungsmässigem Wege erfolgt sein wird, liegt mir ob, die bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten und nach Maßgabe derselben jeden Preußen in seinen Rechten zu schützen. Eine eingehende Würdigung der Vorwürfe gegen Meine Regierung, welche Ew. ic. an Mich gerichtet haben, überlasse ich Meiner Regierung. Ich hatte gehofft, dass die gewichtigen Elemente innerhalb der katholischen Kirche, welche sich früher der nationalen Bewegung unter preußischer Leitung abgeneigt zeigten, nunmehr nach verfassungsmässiger Neugestaltung des Deutschen Reiches der friedlichen Entwicklung desselben im Interesse staatlicher Ordnung ihre freiwillige Unterstützung widmen würden. Die wohlwollenden Kundgebungen, mit denen Se. Heiligkeit der Papst Mich bei Herstellung des Reiches in einem eingenändigen Schreiben begrüßte, ließen es Mich hoffen. Aber auch, wenn diese Hoffnung sich nicht verwirklicht, so wird keine Enttäuschung auf diesem Gebiete Mich jemals abhalten, auch in Zukunft eben so wie bisher darauf zu halten, dass in Meinen Staaten jedem Glaubensbekenntniß das volle Maß der Freiheit, welches mit den Rechten Anderer und mit der Gleichheit Aller vor dem Gesetze verträglich ist, gewahrt bleibe. Im Bewußtsein gewissenhafter Erfüllung der königlichen Pflicht, wohlwollende Gerechtigkeit gegen Jedermann zu üben, werde Ich Mich in Meinem durch die Erfahrung bewährten Vertrauen zu Meinen katholischen Untertanen nicht irre machen lassen, und bin gewiss, dass dieses Vertrauen ein gegenseitiges und ein dauerndes ist. Indem Ich Ew. ic. ersuche, diese Meine Antwort den übrigen Unterzeichnern der Vorstellung vom 8. vorigen Monat mitzutheilen, verbleibe Ich

Ew. Hochwürden wohlgegeneigter
(gez.) Wilhelm.

Berlin, den 18. October 1871.
An den hochwürdigen Erzbischof von Köln zu Köln.

das Versprechen gegeben, in der Sprachenfrage die Wünsche der Polen entschieden zu unterstützen, wogegen die Polen sich anhießig gemacht haben, zur Förderung der Bestrebungen der Ultramontanen beizutragen und in der Provinz Posen mehrere Zeitungen mit speciell katholischer Tendenz zu gründen. Dass diese Agitation übrigens nicht auf ultramontane Einflüsse sondern auf die neuesten Vorgänge in Österreich zurückzuführen ist, liegt auf der Hand. Sämtliche polnische Journale haben der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass Graf Andrássy „der Mann der Initiative“ alle Hebel in Bewegung setzen werde, um die russisch-europäische Frage auf die Tagesordnung zu setzen, deren Schwerpunkt nach den eignen Ausführungen des neuen österreichischen Reichskanzlers nicht in der orientalischen, sondern in der polnischen Frage liegt.

In Betreff der Berathungen der Reichstagsfraktionen über den Militäretat erfahren wir, dass der von mehreren Seiten gemachte Versuch die conservative und freiconservative Partei für einen Antrag auf eine dreijährige Verlängerung des bisherigen Militärbudgets zu gewinnen, gescheitert ist. Die conservative Partei wird nun einer Herabsetzung des Militäretats entschieden sich widersezten. Letztere wird nicht nur von der Centrumsfraction, der liberalen Reichspartei und der Fortschrittspartei angestrebt, auch die nationalliberale Partei ist in ihrer großen Majorität der Überzeugung, dass die Präsenzzeit bei der Infanterie wenigstens in etwas verkürzt werden müsse. Die Blankenburgschen Ausführungen in d. Schlesischen Zeitung haben gerade bei den Nationalliberalen viel Anklang gefunden und es ist keinem Zweifel unterworfen, dass ein erheblicher Theil dieser Fraction sich mit der Fortschrittspartei einigen wird über eine Verminderung der Dienstzeit bei der Infanterie. Bemerkenswerth ist, dass gerade die süddeutschen Abgeordneten für eine Beibehaltung des bisherigen Militäretats sich ausgesprochen haben, indem sie die unsicheren und schwankenden Zustände des österreichischen Kaiserstaats, sowie die bedenkliche Constellation der europäischen Verhältnisse überhaupt scharf betonten. Die Centrumsfraction wird natürlich mit der Fortschrittspartei stimmen.

— Trotz der umfassenden Arbeiten, welche der Reichstag noch zu erledigen hat, nimmt man doch als definitiv an, dass derselbe am 25. d. Mts. wird geschlossen werden können. Die Berufung des preußischen Landtages, der noch vor Ablauf des Jahres den Staatshaushalt feststellen soll, ist auf Montag, d. 27. d. M. festgelegt.

— Morgen soll im Lokal des Reichstages eine Versammlung hervorragenden Männer aus allen Theilen Deutschlands stattfinden, welche sich zu dem Zwecke vereinigen werden, die Errichtung eines großartigen Siegesdenkmals im Rheingau an den Abhängen des Niederwalds herbeizuführen.

— Ein neues Birkular des Deutschen Fischerei-Vereins bringt die Beantwortung derjenigen Fragen, die der Verein dem internationalen maritimen Kongress in Neapel vorlegte. Der Kongress spricht den Wunsch aus, dass der Fang unreifer Fische allgemein verboten, dass die Forschungen auf dem Gebiete der Fischzucht auf alle Weise von den Regierungen unterstützt und erneuert werden mögen, und dass eine Verständigung zwischen den Mittelmeerstaaten zu Stande komme, um eine hydrographische Exploration mit besonderer Beachtung der mineralischen und vegetabilischen Produktionen sc. auszuführen. Schließlich erkennt der Kongress das Bedürfniss eines auf breitesten wissenschaftlichen und freiheitlichen Grundlage vereinbarten internationalen Kodex über die Fischerei an.

— Hatte schon die erste Reichsdebatte über die Münzreform eine Annäherung der Gegenseite erkennen lassen, so wird eine weitere Verständigung sowohl im Reichstage selbst als später im Bundesrathe nicht bezweifelt. In der Frage des Münzregals ist eine Wendung eingetreten, welche auch die Erklärung des bayerischen Bundesbevollmächtigten durchblicken lässt. Die Geschichte dieser Wandlung ist ziemlich lehrreich. Preußen hat zuerst die wirkliche Reichs-Münze beantragt. Der Widerstand der Mittelstaaten führte zu dem bekannten Compromiss, dass die Prägung sämmtlicher Münzen, auch der Landesmünzen, auf Kosten des Reichs stattfinden solle. Man glaubte indessen, der Reichstag werde den preußischen Vorschlag wieder aufnehmen und der Bundesrathe schließlich nachgeben. Man hatte hier eine Reichsmünze ins Auge gefasst, die gar kein Fürstenbildnis enthalten haben würde; denn es war vorherzusehen, dass das ausschließliche Kaiserbildnis, wie es Graf Münster voraussetzte, noch nicht allgemein durchdringen würde. Sollten nun aber die Münzen gar kein Bildnis tragen, weder in Preußen noch anderswo, so gerteth dies wieder mit den preußischen Traditionen in Widerspruch. Das Alles kam den Landesmünzen zu statthen, die allerdings auf Reichskosten zu prägen wären. In den Reichstagskreisen andererseits rieten süddeutsche, namentlich bayerische Abgeordnete selbst innerhalb der nationalliberalen Fraction, man möge der bayerischen Regierung, die jetzt mit so großen Schwierigkeiten in ihrem Lande zu kämpfen habe, ihre Stellung nicht noch mehr erschweren. Es werde dies bei der Regelung anderer Fragen, beispielsweise der Kompetenzweiterleitung auf das Civilrecht, sich nützlich erweisen. Ob das Letztere ganz zutreffend ist, mag vorerst dahin gestellt bleiben. Die Nationalliberalen werden aber, wie es scheint, sollte das formelle Münzregal für das Reich jetzt nicht zu gewinnen sein, den von Preußen vorgeschlagenen Compromiss annehmen, beziehentlich zu erweitern suchen. Man muss sich dann allerdings darauf

gesetzt machen, dass jeder kleine Fürst sein Bildnis auf Reichskosten prägen lassen wird.

— Parlamentarisches. Bekanntlich trat in der Sitzung des Reichstages vom 8. November eine Differenz ein zwischen dem Präsidenten Dr. Simson und dem Abg. Bebel. Dr. Simson hatte, nachdem er den Abgeordneten in seiner Rede zweimal unterbrochen, das Haus um die Ermächtigung gefragt, dem Abg. Bebel das Wort entziehen zu dürfen, und das Haus ertheilte diese Ermächtigung. Abg. Bebel erblickte in diesem Verfahren eine Verleugnung der Geschäftsordnung u. behauptete, nach § 43 ibid. müsse ein zweimaliger ausdrücklicher „Ordnungsruft“ der Entziehung des Wortes vorhergehen. Um diese Differenz zum Austrage zu bringen, hatte der Präsident die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zugewiesen, welche sich heute in einer zweistündigen Sitzung mit der Erörterung derselben beschäftigte, und mit allen gegen die Stimme des Abg. Greil beschloß, das Verfahren des Präsidenten für korrekt zu erklären, da es genüge, wenn der Präsident den Redner in derselben Rede zweimal unterbricht und auf den Gegenstand der Verhandlung zurückweist. (Im Preußischen Abgeordnetenhaus ist die Praxis eine andere; dort kann die Entziehung des Wortes nur dann erfolgen, wenn der Redner vorher zweimal zur Ordnung gerufen ist.)

Von dem Abg. Krüger (Hadersleben) coursiert gegenwärtig bei den Fractionen des Reichstags folgende Interpellation zur Unterschrift resp. Unterstützung: „Ist die Reichsregierung darauf bedacht und steht es zu erwarten, dass nunmehr baldigt solche Maßregeln getroffen werden, dass die nordschleswigsche Frage in einer Deutschlands würdigen Weise einer endlichen und geordneten Erledigung entgegesehen könne?“

Fürz. zur Rabenau und Genossen haben den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu eruchen, die Frage der Differentialtarife auf den Eisenbahnen einer eingehenden Prüfung unter Mitwirkung von Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie unterzuhören zu lassen, und dem Reichstage von dem Resultate dieser Untersuchung Mitteilung machen zu wollen.

In der Fortschrittspartei wird gegenwärtig vom Abgeordneten Rohland, bei den Nationalliberalen vom Abg. Teltkampf ein Antrag auf Einziehung des Stratspapiergeldes vorbereitet.

— Mecklenburg-Schwerin, 10. November. Der „Wes.-Btg.“ wird von hier geschrieben: Alle Hoffnungen, welche etwa auf Zustimmung zu Verfassungsänderungen durch die Landräthe (Delegirte der Ritterschaft) in Berlin gebaut sein sollten, wie die „Prov. Cor.“ anzudeuten scheint, sind zu Wasser geworden; die Herren haben sich nach sichersten Nachrichten einfach geweigert, auf irgend welche Änderungsvorschläge einzugehen, und zwar geschah dies schon vor der dritten Berathung des Verfassungsantrages im Reichstag. Es hat wohl aus diesem Grunde der mecklenburgische Bevollmächtigte jede Auskunft verweigert. Es sollen Äußerungen gefallen sein, dass die mecklenburgische Verfassung auf von Gott eingesetztem Grunde beruhe und deshalb nicht daran geändert werden dürfe.

Ausland.

— Österreich. Wien, 13. November. Die Neubildung des cisleithanischen Kabinetts hat durch die unmittelbar nach dem Sturze des Ministeriums Hohenwart eingetretene Reichskanzlerkrise eine unlängst Siördung erlitten; indessen geht man zu weit, wenn man behauptet, dass nunmehr die Bildung der Regierung Kellersperg unwahrscheinlich geworden sei. Im Gegenteil wird das letztere wohl schon binnen wenigen Tagen hervortreten, da die Reichskanzlerkrise mit der Ernennung des Grafen Andrássy zum Minister des Außenfern gelöst ist und sich der letztere für das Programm Kellerspergs: Durchführung der Verfassung und Geltendmachung der Regierungskompetenz — ausgesprochen hat, womit die Harmonie zwischen den Grundprinzipien der cis- und transleithanischen Politik hergestellt ist. In Österreich ist es platterdings unmöglich, dass der Minister des Außenfern ganz ohne Einfluss auf die innere Politik der beiden Reichshälften bleibt, und die ungarischen Blätter, welche seiner Zeit den Grafen Beust wegen seiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten so scharf angegriffen haben, beginnen dies nunmehr ebenfalls einzusehen, seitdem ein Ungar die auswärtigen Geschäfte leitet; sie scheinen jetzt diese Einmischung ganz in der Ordnung zu finden.

— Frankreich. Paris, 13. Novbr. Es ist fortwährend von der Absicht der Regierung die Rede, auf die baldige Rückkehr der Nationalversammlung nach Paris zu dringen. Der Generalrat der Seine hat sich deshalb so genau innerhalb der gesetzlichen Schranken gehalten, um der Rechte der Versammlung nicht Grund zu neuen Einwendungen zu geben. — Herzog von Aumale wird angeblich am 4. Dezember seinen Sitz in der Kammer einnehmen und den Winter in Paris zubringen.

— In Orleans feierte man am 9. November den vorjährigen „Sieg“ durch eine kirchliche Ceremonie. Außerdem wurde eine Denkmünze geschlagen mit der pomphaften Inschrift: „Schlacht von Coulmiers, 9. November 1870. Die Loire-Armee unter den Befehlen des Generals d'Aurelles de Paladine schlägt die deutsche Armee und besiegt Orleans.“

— General Gremer ist für den 15. November vor den Kriegsrath geladen. Seine Entlassung ist vom Kriegsminister nicht angenommen worden; er wird wegen ernster

Disciplinarvergehen" für nicht aus dem Dienste geschieden angesehen. — Der Marshall Bazaine läßt in den ihm ergebenen Blättern erklären, daß er keineswegs, wie behauptet worden, nach Belgien gegangen ist, sondern Paris nicht verlassen wird, so lange die Kommission zur Prüfung der Kapitulationen ihr Urteil nicht gefällt hat. — Den reorganisierten Regimentern sind jetzt neue Fahnen an Stelle der im Kriege verlorenen zugewiesen worden. — Herr v. d. Burg, welcher vor dem Kriege der hiesigen preußischen Botschaft beigegeben war, ist an Stelle des Generals v. Stosch zum Chef des Generalstabs bei der deutschen Okkupationsarmee ernannt worden.

Schweiz. Der Bundesrat, welcher sofort nach seiner Eröffnung in die Beratung der Verfassungsreform eingetreten ist, hat bereits, einem Berner Telegramm folge, die auf eine Centralisation des schweizerischen Militärwesens gerichteten Anträge angenommen. Das Heerwesen in der Schweiz wird dadurch der Einflußnahme der einzelnen Kantone in den Hauptpunkten entzogen und als Bundesache behandelt und geleitet. Im Ständerath gab der Deputirte Keller aus Aargau der Hoffnung Ausdruck: „das Schweizer Volk werde durch seine Gewöhnung und Liebe zur Arbeit die Ausschreitungen und die Gefahren der sozialen Frage vermeiden, mit welcher fremde Revolutionäre seine Ruhe bedrohten.“

England. Der dreißigste Geburtstag des Prinzen von Wales ist in London gestern wie gewöhnlich ohne besondere Feierlichkeiten vorübergegangen; nur die Clubhäuser und die Ladenlokale der verschiedenen Hoflieferanten waren Abends illuminiert. In Sandringham, woselbst die Thronfolger-Familie sich gegenwärtig aufhält, wurde der Tag durch einen Ball begangen.

London, den 13. November. Die Bemerkungen über die Zukunft, welche Gladstone in den letzten Tagen an der gastlichen Tafel des Lord Mayor gemacht, werden auch von den Wochenblättern kritisch beleuchtet. Die „Saturday Review“ kann es sich nicht versagen, an den famosen Artikel zu erinnern, in welchem vor einem Jahre sich Gladstone in der „Edinburgh Review“ Lust gemacht. Auch heute — sagte sie — klingt es durch wie „glückliches England“. glücklich, weil es durch seinen breiten Wassergraben den Kriegen und Kämpfen des Festlandes entrückt ist. Die Vorsehung — bemerkte Herr Gladstone dieses Mal — scheint uns für den erhabenen Dienst aussersehen zu haben, Mitgefühl zu äußern und durch Handlungen zu bestätigen, dabei aber doch eine einigermaßen unabhängige Haltung zu bewahren und der Welt den Glauben beizubringen, daß unsere Politik nicht von den niedrigen und beschränkten Beweggründen der Selbstsucht beherrscht wird. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig. Der Engländer wünscht den Frieden aufrecht zu erhalten, weil er glaubt, daß der Friede im Allgemeinen die Menschheit glücklicher macht und der Krieg dagegen großes Elend nach sich zieht. Allein, wenn Gladstone sagt, wir seien zu diesem erhabenen Dienste bestimmt, unser Mitgefühl zu äußern und handeln zu bestätigen, so kann er doch höchstens meinen, daß wir unserem Mitgefühl lauten Ausdruck geben können. Wenn wir unsere Sympathien in irgend einer anderen Weise bestätigen wollten, so müßten wir uns getrost, unaufhörlich Krieg zu führen. — Unseren medizinischen Fachblättern zufolge ist das Bestinden der Königin anhaltend in der Besserung begriffen und wird dieselbe im Stande sein, die Reise nach dem Süden anzutreten. Gegenwärtigen Anordnungen zufolge ist die Abreise von Balmoral auf den 23. d. angezeigt. — Man wird sich erinnern, daß der Attorney General vor einigen Tagen sein Amt niedergelegt u. eine hervorragende Richterwürde angenommen hat. Der Lord-Oberrichter von England hat in seiner Eigenschaft als solcher und als Mitglied des richterlichen Ausschusses des geheimen Staatsrathes beim Premier gegen diese Ernennung Protest eingelegt, weil sie eine Umgehung des Gesetzes sei. — Einem Briefe von Mr. Bruce, dem Minister des Innern, zufolge wird die Vereinfachung und Verbesserung der Lokalverwaltung von London in der nächsten Parlamentsession noch nicht vorgelegt werden.

Italien. Rom, 9. Nov. Prinz Humbert und Prinzessin Margherita werden übermorgen den Quirinal-Palast beziehen, während der König selbst erst am 26. am Vorabende der Parlamentseröffnung, eintreffen wird. Präfect Gadda hat sich noch nicht entschlossen, der von Partei-Eifer und Gewinn such zu der lächerlichen Höhe von sechs Millionen Lire hinaufgeschraubten Forderung des Herzogs Pio Grazioli nachzukommen, welche Summe der clericale Besitzer dieses 12 Miglien von Rom entfernten Jagdschlösses samt umzäunten Park, Castel Portofano, von dem Könige von Italien verlangt. Dieser Besitz hat nicht über 500,000 Francs gekostet, als Bäcker Grazioli denselben und mit ihm den Baronstitel kaufte. Da der König wünscht, in der Nähe von Rom eine Residenz zu besitzen, von welcher aus er leicht den Feierlichkeiten beiwohnen kann, welche seine Gegenwart erheißen, und kein anderes Schloß so nahe von Rom, so angenehm und zur Anlegung einer Eisenbahn so vortheilhaft liegt, so wird sich der Präfect Gadda wohl entschließen müssen, unter dem caudinischen Sothe von Grazioli's Forderung zu passiren. Auch für Persönlichkeiten aus der nächsten Umgebung des Königs wurden Localitäten gesucht und gefunden.

Rom, 12. Novbr. Zu den über die zeitliche Gewalt von Pius IX. gegen den französischen Botschafter Graf d'Harcourt gethanen Neuverhandlungen kommt das Bekanntnis Favre's, daß der Papst das Treiben einiger überfriger Anhänger des heiligen Stuhls gemäßbilligt habe,

welche Frankreich zum Mittelpunkt einer kräftigen europäischen Aktion zu Gunsten der weltlichen Herrschaft, der Italiener nicht sollte widerstehen können, zu machen die Absicht hatten. Hinsichtlich der Harcourt'schen Depesche eignen sich einige Journale die Auffassung Favre's an, daß der Papst „das Prinzip rette, mit dem sich die Grenzen von selbst erweitern würden“; Andere urtheilen, daß er der Stimme seines Herzens gefolgt sei, die nur von seiner Umgebung seit lange künstlich zum Schweigen gebracht. Die klerikalen Blätter „Armonia“ und „Unita cattolica“ überhäufen natürlich Favre mit den ärtesten Schmähungen und zeihen ihn der Lüge und Fälschung. Pius IX., der Mann der Schmerzen, sagt die „Unita“, hatte es sich wahrlich nicht von Franzosen vermuthen können, daß sie ihn Sachen würden sagen lassen, die er nicht gesagt hat und niemals sagen wird, weil sie seinen Pflichten und seinem Gewissen als des römischen Papstes widersprechen. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli soll bei Thiers wegen der nicht zu qualifizierenden Veröffentlichung Favre's die drindesten Vorstellungen erhoben haben; Graf d'Harcourt wird nichtsdestoweniger in diesen Tagen hier eintreffen. (Er ist bereits vom Papste empfangen worden.. Anm. d. Ned.)

Rußland. Odessa, 11. Nov. Der Kaiser hat die Befestigung von Nikolajeff angeordnet. Die Arbeiten werden im März beginnen. Die Stadt soll von der Wassers- und Landseite furchtbare Befestigungen erhalten. Diese Maßregel beunruhigt die Geschäftswelt.

Spanien. Nach den neueren Nachrichten aus Cuba, die mit der westindischen Post eintreffen und also nicht aus rein spanisch-americischer Quelle stammen, entfalten die Aufständischen noch viel größere Lebenskraft, als man von Seiten der Regierung einräumen will. Am 6. October steckten ihrer 2000 unter dem General Diaz die Stadt Yara in Brand und rückten dann gegen Manzanillo vor. Wenige Tage vorher hatte Vicente Garcia mit etwa 1000 Mann Vaire und Tignani eingeschert; Maximo Gorre lagerte mit 3—4000 Mann in dem Bezirk Guantanamo, wo es viele ansässige Spanier giebt, die begreiflicher Weise in großer Angst schwelen.

Locales.

Impfpflicht. Das Kreisblatt Nr 91 bringt eine Bekanntmachung der Königl. Regierung aus dem Regulativ über die Schutzpocken-Impfung v. 9. August 1835 (Gef. S. 256.) in welchem der § 54 bestimmt:

Sind Kinder bis zum Ablauf des ersten Lebensjahres ohne erweislichen Grund ungeimpft geblieben und demnächst von den natürlichen Pocken befallen, so sind deren Eltern, resp. Vormünder, wegen der versäumten Impfung in Hinsicht der dadurch hervorgebrachten Gefahr, in polizeiliche Strafe zu nehmen.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 (Gesetz S. 265) vorvornen wir:

- 1) wer diese Bestimmung nicht beachtet, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 10 Thalern, in deren Stelle Gefängnisstrafe treten kann; und
- 2) wer ohne triftigen Grund seine geimpften Kinder oder Angehörige am Revisions-Termine nicht gestellt, verfällt in eine Geldstrafe von fünf Sgr. bis einen Thlr., in deren Stelle im Unvermögensfalle Gefängnisstrafe tritt.

Leider ist die vorstehende Strafandrohung nicht ohne die dringendste Veranlassung publicirt worden, indem sich noch täglich Fälle herausstellen, die das unverantwortliche Umgehen der in weisester Absicht erlassenen Schutz-Anordnungen gegen die entsetzliche Seuche Seitens vieler Eltern und solcher, die deren Pflichten zu vertreten haben, darthun.

Gegen die Bettelrei. Bielsach ist in öffentlichen Blättern von der Landplage die Rede gewesen, welche besonders die östlichen Grenzländer unseres Staates belästigt, die von zahlreichen Bettlern aus Russland und Polen durchzogen und heimgesucht werden. Der die Juden im allgemeinen charakterisirende Wohlthätigkeits-Sinn hat unter ihnen die Gewohnheit erzeugt, solche Schnorrer nie rund abzuweisen, dadurch aber bei diesen die Vorstellung erweckt, als besäßen sie eigentlich ein Recht darauf, Almosen hier zu fordern und zu empfangen, und dann in ihrer Heimat die erhaltenen Gaben in Ruhe zu verzehren. So ist denn allmählig die Unsitte der Bettlerzüge bis zur Unerträglichkeit für die Gebenden gestiegen und zugleich eine Verlockung für die Verlangenden geworden, deren Nachtheile sich täglich mehr herausstellen. Um dem moralischen Schaden des Almospendens von Einzelnen an Einzelne abzumehren und zugleich die Pflichten der Wohlthätigkeit nicht zu vernachlässigen, hat sich unter unsern jüdischen Mitbürgern jetzt ein Verein gebildet, welcher den wirklich bedürftigen Glaubensgenossen die nötige Unterstützung sichern, zugleich aber die Bettelrei der die Häuser durchziehenden Schnorrer dadurch verhüten will, daß die Mitglieder des Vereins die von ihnen zu solchen Gaben bestimmten Gelder einem besonderen Comitee übergeben, an dieses alle sie ansprechenden weisen, und dann jeden an sie persönlich gerichteten Anspruch der Schnorrer ablehnen. Die Stiftung dieses Vereins kann nur mit Freuden begrüßt und demselben eine recht zahlreiche Theilnahme gewünscht werden, mit deren Zunahmen auch die segensreichen Folgen einer solchen Einrichtung immer mehr hervortreten müssen. Wir tragen daher gern auch hier zum weiteren Bekanntwerden derselben bei und empfehlen dringend allen, die dazu im Stande sind, sich diesem Unterstützungsverein anzuschließen. Das Comitee besteht aus den Herren: A. Giedzinstk, Moritz Hirsh, Georg Hirschfeld, G. Hirschfeld, J. Landeker, N. Leiser, J. Moskiewicz, W. Sultan, von denen jeder Erklärungen zum Beitritt annimmt.

Feuerwehr. Sonnabend den 12. d. Mts. fand die alljährliche Prüfung und Probe der städtischen Feuerspritzen statt,

ebenso die der auf den Vorstädten stationirten. Im Allgemeinen fanden sich Fehler oder Mängel nicht vor, doch zeigte sich eine schlechte Instandhaltung der Feuerspritzen, da letztere nicht geschmiert waren und demnach die Handhabung erschwerten. Von den vorgeführten städtischen Feuerspritzen verdient eine besondere Erwähnung, die vom Spritzenmeister Herrn H. Böttcher geführte, (Spritze Nr. III.) welche derselbe als Saug- und Druckspritze producirt, mit 200 Fuß Schlauch zum Löschfass, dann als Zubringer. Da Seitens der städtischen Behörden die besonderer Brauchbarkeit dieser Spritze erkannt wurde, werden noch einige Enden Saugrohr angeschafft, um vorkommenden Fällen diese Spritze an den Stadtgräben oder an der Weichsel zu postieren und so das Herauslösen von Wasser durch Küken unnötig zu machen. Die Spritze Nr. 3 ist vor ungefähr 18 Jahren von unserm Mitbürgen Herrn Drewitz gebaut, ist in ihrer Wirkung gut, hat aber den Fehler zu massiv gebaut zu sein, was die schnelle Bewegung derselben verhindert.

Briefkasten.

Eingesandt.

Wir freuen uns wenn einem Manne wie Türschmann durch sehr zahlreichen Besuch die volle Anerkennung zu Theil ward; schließlich ist aber doch jeder Einzelne, der diese Vorlesungen besucht hat, im Stande, diese Dramen sich selbst zum Verständis zu bringen. Wir können es aber doch nicht ungern lassen, daß nur ein kleiner Bruchtheil der hiesigen Intelligenz der höchst interessanten und was doch vielmehr ist, so sehr belebenden Vorlesung über Erziehung — ein Thema, dessen Grundsätze ein Jeder kennen sollte — beigewohnt hat. Herr Hector Hasenbalg hat sowohl nach Inhalt als Form Bedeutendes geleistet. Man begnige sich nicht mit den Referaten, diese können uns nur das Skelett, nicht aber das Ganze wiedergeben und wünschen wir durch diese Anregung beigetragen zu haben, daß bei den nächsten Vorlesungen eine desto regere Theilnahme der hiesigen gebildeteren Bewohner vorhanden sein möge.

Ein Zuhörer.

Körzen-Bericht.

Berlin, den 15. November 1871.

Fonds:	still.	Rogggen	matt.
Russ. Banknoten	82 ³ / ₄	loco	57 ¹ / ₂
Warschau 8 Tage	82 ¹ / ₂	Novbr.-Dezbr.	57 ¹ / ₂
Poln. Pfandbriefe 40% 71 ³ / ₄	71 ³ / ₄	Dezbr.-Januar	57 ¹ / ₈
Westpr. do. 40%	90	April-Mai	57
Posener do. neue 40% 91 ⁵ / ₈	91 ⁵ / ₈	Kass.: Novbr.	28 ² / ₃
Amerikaner	98 ¹ / ₈	pro April-Mai.	28 ⁵ / ₈
Osterr. Bankn. 40% 85 ⁷ / ₈	85 ⁷ / ₈	Spiritus	fester.
Italiener	60 ² / ₃	loco.	23. —
Novbr.	81	Novbr.-Dezbr.	22. 25
		April-Mai.	22. 8

Getreide-Markt.

Thors, den 16. November. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: trübe. Mittags 12 Uhr 4 Grad Wärme.

Wenig Befuhr. Preise unverändert.

Weizen bunt 126—130 Pf. 73—75 Thlr., hellbunt 126—130 Pf. 78—80 Thlr., hochbunt 126—132 Pf. 81—82 Thlr. pr. 2125 Pf.

Rogggen, fest 122—125 Pf. 50—52 Thlr. pro 2000 Pf.

Erbse, 50—54 Thlr. pro 2250 Pf.

Spiritus pro 100 Ort. a. 80% 22—22¹/₂ Thlr.

Russische Banknoten 82³/₄, der Rubel 27 Sgr. 7 Pf.

Ganzig, den 15. November. Bahnpreise.

Weizenmarkt: keine Qualität fest, mittlere und bunte ziemlich unverändert. Zu notiren: für ordinär und bunt 120—123 Pf. von 70—73 Thlr., rot 126—132 Pf. von 75—78 Thlr., hell- und hochbunt u. glasig 125—132 Pf. von 78—82 Thlr., 133 Pf. 83 Thlr. weiß 126—132 Pf. von 82—84 Thlr. pro 2000 Pf.

Rogggen frischer 120—125 Pf. von 52¹/₂—55 Thlr. pro 2000 Pf.

Gerste unveränd. kleine nach Qualität 101—108 Pf. von 45—49 Thlr. große nach Qualität 110—115 Pf. von 50—53 Thlr. pr. 2000 Pf.

Erbse, nach Qualität von 50—53 Thlr. pr. 2000 Pf.

Hafer von 40—40¹/s Thlr. pr. 2000 Pf.

Spiritus nicht gehandelt.

Getreide-Börse. Wetter: Frost, Vormittag bei klarer Luft, Mittags trübe. Wind: Süd.

Weizen loco war am heutigen Markte schwach zugeführt; seine Qualität fand gute Kauflust zu voll gestrichen Preisen, im Ganzen war jedoch das Geschäft ruhig und sind 460 Tonnen verkauft worden Sommer- 126 Pf. 75 Thlr., bunt 126 Pf. 77, 78¹/₂ Thlr. nach Qualität, hellbunt 128—129 Pf. 79¹/₈, 80¹/₂ Thlr., hochbunt und glasig 127/8 Pf. 81 Thlr., 128/129 130 Pf. 81¹/₂ Thlr., extra 131 Pf. 82¹/₂, 83 Thlr., weiß 126 Pf. 82 Thlr. per Tonne. Termine leblos, auch fast ohne Angebot. 126 Pf. bunt Novbr. 78¹/₂ Thlr. bez., April-Mai 77²/₃ Thlr. Gd. Regulirungspreis 126 Pf. bunt 78¹/₂ Thlr.

Rogggen loco in ziemlich fester Stimmung, neuer fast ohne Befuhr, 122³/₄ Pf. etwas befestzt brachte 53³/₄ Thlr. alter polnischer 121 Pf. ist zu 51 Thlr. verkauft. Umsatz 45 Tonnen. Termine sehr rubig, 120 Pf. Novbr. 51 Thlr. Br., 50¹/₂ Thlr. Gd. April-Mai 53 Thlr. bez., 53¹/₂ Thlr. Br. Regulirungspreis 120 Pf. 51¹/₂ Thlr. — Gerste, loco fest, kleine 99 Pf. 44¹/₂ Thlr., große 107 Pf. 50 Thlr., 109/10 Pf. 51 Thlr., 113¹/₄ Pf. 53 Thlr. per Tonne bez. — Erbsen loco unveränd. und brachten Koch- nach Qualität 52, 53 Thlr. per Tonne. — Spiritus loco nicht gehandelt, 20¹/₂ Thlr. Br.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 16. November. Temperatur: Wärme 2 Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand: 1 Fuß 7 Zoll.

Inserate.

All den Eltern, die mir ihre lieben Kinder zum Unterricht anvertraut hatten, sage ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank.

Indem ich im Auslande eine viel bessere Stellung angenommen habe, verlasse ich Thorn. Adieu!

Amalie Dębska.

Bekanntmachung

Für das Jahr 1872 werden die Gerichtstage:

A. in Culmsee:	B. in Schönsee:
am 8. Januar	am 15. Januar,
am 19. Februar,	am 26. Februar,
am 4. März,	am 11. März,
am 8. April,	am 15. April,
am 6. Mai,	am 13. Mai,
am 3. Juni,	am 10. Juni,
am 8. Juli,	am 15. Juli,
am 2. September,	am 9. September,
am 7. October,	am 14. October,
am 18. November,	am 25. November,
am 9. Dezember,	am 16. Dezember,

ihren Anfang nehmen.

Thorn, den 13. October 1871.

Königliches Kreis-Gericht

Bekanntmachung.

Zur Beschaffung von:

60 Stück Tischen für Unteroffiziere,
90 Stück verschließbare Schränke für
Infanterie à 2 Mann,
20 Stück verschließbare Schränke für
Infanterie à 1 Mann
für das hiesige Kasernement, haben wir
einen Submissions-Termin auf

Mittwoch, den 22. d. Mts.

Vormittags 11 Uhr
in unserm Geschäfts-Bureau anberaumt.
Die daselbst ausliegenden Bedingungen
müssen von den Unternehmungslustigen
vorher eingesehen und unterschrieben wer-
den.

Thorn, den 15. November 1871.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Sing-Verein.

Freitag, den 17. d. M., 5 Uhr
Übung des Damenchores.

Homöopath. Verein.

Freitag, den 17. Novbr., Abends 8 Uhr.

Sonnabend, den 18. d., Abends 6
Uhr, 2. Vortrag des Herrn Rabb Dr.
Oppenheim im Sessionszimmer der
isrl. Gemeinde.

Aufang d. Tanz-Unterrichts.

Am Freitag, den 17. d. M. beginnt
im Schützen-Saal der unterbrochene
Unterricht und zwar für die Privat-Co-
lonne um 7 Uhr, für die andere Colonne
um 8 Uhr.

Julius Plästerer.

Im Einverständniß mit dem geehrten
Vorstand des Singvereins beginne ich in
diesen Tagen einen für die Aufnahme in
letzteren vorbereitenden Kursus. Hon-
bill. Diej. Damen, welche noch Beteili-
gung wünschen, bitte ich, ihre Anmeldung
in m. W. Kl. Gerberstr. 20, 2 Tr. zu
machen.

Sammet, Gesanglehrer.

In der Buchhandlung von Ernst
Lambeck zu haben:

4 Wand-Tafellen

zur Umwandlung der alten Maße u.
Gewichte in die durch die neue Maß-
u. Gewichts-Ordnung für den norddeutschen
Bund festgestellten

neuen Maße und Gewichte.

Bearbeitet von

L. Fritze, Seminarlehrer.

Preis aller 4 Tabellen 6 Sgr.

Ein eiserner Kochofen

steht zum Verkauf
Griechenhalle, Neust. 287.

In der Buchhandlung von Ernst
Lambeck sind zu haben:

W. Kohlmann, Spiritustabellen nach Litermaß.

Taschenformat. Eleg. geb. 9 Sgr.
Verlag von C. W. Offenhauer in
Eilenburg.

Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich mit Eröffnung der Bahn Mocker-Jablonowo ein

Speditions- und Verladungs-Geschäft

unter der Firma

Ferdinand Gude

in Jablonowo eröffne.

Mein Unternehmen empfiehle ich geneigtem Wohlwollen.

F. Gude.

Einem hiesigen geehrten Publikum wie Umgegend zeige ganz ergebenst an,
daß ich mich hier als

Gold- und Silberarbeiter

niedergelassen habe.

Indem ich die strengste Reellität, sowohl bei neuen Sachen, als auch bei
Reparaturen aller Art zusichere, bitte ich mein Unternehmen durch geneigte Aufträge
zu unterstützen.

Gravirungen aller Art werden sauber und schnell ausgeführt.

Ihrem Wohlwollen mich bestens empfehlend zeichne

Hochachtungsvoll

Carl Bähr,

Elisabethstraße Nr. 2, vis-à-vis dem Herrn A. F. W. Heins,

1 Treppe hoch.

Die neuen Trocken- und Flüssigkeitsmaße, sowie neue

Ellenmaße — ($\frac{1}{2}$ Meter) —

halte ich vorrätig und empfiehle dieselben zu billigsten Preisen.

Moritz Heilbron.

Scheibler's Kochbuch

für alle Stände,

oder

gründliche Anweisung

alle Arten Speisen und Backwerke auf die wohlfeilste und schmackhafteste
Art zuzubereiten.

Ein unentbehrliches Handbuch

für angehende

Haushälter, Haushälterinnen und Köchinnen.

Mit vielen Abbildungen, seit langen Jahren als das beste anerkannt,
sei jeder Hausfrau empfohlen,

18. Auflage. Eleg. geb. Preis 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Stets vorrätig bei

Ernst Lambeck.

Die Annonen-Expedition

von

Haasenstein & Vogler,

Hamburg. Basel. Berlin. Breslau. Chemnitz. Danzig. Dresden.
Erfurt. Frankfurt a. M. St. Gallen. Genf. Halle. Hannover. Köln.
Lausanne. Leipzig. Lübeck. Metz. München. Nürnberg. Prag.
Stuttgart. Wien. Zürich.

vermittelt

Inserate und amtliche Bekanntmachungen samtlicher Staats- und Communal-Behörden zu den

Original-Preisen

für alle Zeitungen des Continents, der englischen und transatlantischen Plätze und be-
rechnet für ihre Bemühungen weder

Portokosten noch Spesen irgend welcher Art.

Bei

Neuen Etablissements,

Gründungen von Bank-Instituten und Anlage von Fabriken oder anderen gewerblichen
und industriellen Unternehmungen jeder Branche übernimmt obige Firma die vollständige

publizistische Einführung

derselben, liefert Voranschläge über die Gesamtkosten der betreffenden Insertionen
und fertigt auf Wunsch die zu erlassenden Annonen und Reclamen gratis an.

Pacht- und Regie-Verträge

mit bedeutenden Zeitungen Deutschlands, der Schweiz, Hollands u. c.

Inserate für die in Metz erscheinende

Zeitung für Deutsch-Lothringen

finden nur durch die Vermittelung obiger Annonen-Expedition und ihrer Filialen
Aufnahme.

Zeitung-Verzeichnisse und Insertions-Tarife gratis und franco.

Ausverkauf.

Ich gebe mein Cigarren Geschäft auf
und verkaufe von 25 Stück ab zum Ein-
kaufspreise.

A. Wechsel,

Schülerstraße 414.

Das Grundstück 264, Neustadt, ist zu
verkaufen oder von Neujahr 1872
im Ganzen zu vermieten.

Justizrat Meyer.

Theat.-Billets: Speritz 10 sgr., Part. 7
sgr. verkauft

St. Makowski.

Nufforderung.

Da ich Ende dieses Monats Thorn
verlasse, ersuche ich Alle, die noch Forde-
rungen an mich haben, mit dieselben bal-
digst zustellen zu wollen.

Gleichzeitig fordere ich alle Diejenigen,
die mir für erhaltene Arzneien noch aus
früheren Jahren den Betrag schulden,
denselben binnen 8 Tagen zu entrichten.

F. Taage.

Nach Erscheinen des zweiten Nach-
trags-Kataloges meiner
Leihbibliothek
ist die Nummerzahl derselben auf 6335
gestiegen.

Sowohl der Haupt-Katalog als auch
der erste Nachtrag weisen die Werke uns-
rer besten Belletristiker nach.

Die Auswahl der Bücher für den
zweiten Nachtrag ist geradezu eine vorzüg-
liche zu nennen, und bitte ich denselben
aus meiner Leih-Anstalt zu entnehmen, um
eine Bestätigung des Gesagten zu finden.

Der Zutritt zu dem Abonnement kann
täglich erfolgen. — Die Abonnements-Bes-
dingungen sind die billigsten.

Ernst Lambeck.

A. Sturmann,

85. Breitestraße 85.
empfiehlt sämmtliche Kurzwaren ungeach-
tet der anhaltenden Steigerung zu alten
Preisen.

Shirting, Chiffon, Piqué
sowie
sämmtliche Futter-sachen
auffallend billig.

Mein Atelier für künstl. Zahne und
Gebisse befindet sich jetzt Brückenstr. 39,
2. Etage und bin ich daselbst von 10—12
Uhr Vorm. und von 2—4 Uhr Nachm.
zu sprechen.

H. Schneider.

Victoria Erbsen

R. Werner.
empfiehlt

A. Bulinski & Co.
Speditions- und Verladungs-
Geschäft.

Jablonowo und Strasburg.

Wir empfehlen unser Unternehmen
einem geehrten Publikum, und versichern
prompte Bedienung.

Hochachtungsvoll

A. Bulinski & Co.

Verlag von Theobald Grießen in
Berlin, vorrätig bei Ernst Lambeck
in Thorn.

Fr. Clémens

Jesus der Nazarener.

1. Band: Des Weisten der Weisen Le-
ben, Lehre und natürliches Ende. Der
Wirklichkeit nacherzählt. 2. Band: Der
ideale Christus. Enthüllung der christlichen
Mysterien und demgemäß Friedensschluß
zwischen Vernunft und Christenthum.

4. Auflage. 40 Bogen Lex. 8. 2 Thlr.

Auch in 12 Lieferungen à 5 Sgr.

Ein gehaltvolles freisinniges Volks-
buch, das seiner vielen neuen Aufschlüsse
wegen Aufsehen erregt und binnen 2 Jah-
ren bereits in 4 starken Auflagen erschien.

Manifest der Vernunft.

Diversion eines Veteranen im Freiheits-
kampfe der Geister. Eine Stimme der
Zeit in Briefen an eine schöne Mythiserin.

2. umgearbeitete Auflage. 1 Thlr. 10 Sgr.

Ein in die Bewegung und Geistes-
richtung der neuesten Zeit mit Muth und
Geschick lebhaft eingreifendes Buch, das
gegen die Verderblichkeit des Mythismus
und religiöse Verdummung gerichtet, Tau-
sende von Herzen, welche für den Fort-
schritt auch auf diesem Gebiete der In-
telligenz schlagen, zu erobern geeignet ist.

Stadttheater in Thorn.

Freitag, den 17. November. "Die Motten-
burger." Gesangssoppe in 6 Bildern
von D. Kalisch und Wehrauch. Musik
von Bial.

Adolf Blattner,

Director des Stadttheaters.

<p